



Positionspapier

Digitaler Wandel.

Weiter an der Spitze des Fortschritts stehen.

Herausgeber:

**Junge Union Oberbayern
Adamstraße 2, 80636 München
www.ju-oberbayern.de**

1. Unsere Aufgabe: Der Mensch im Mittelpunkt, die Zukunft im Blick

Die Digitalisierung ist das bestimmende Thema für Zukunft in allen Bereichen unseres Lebens. Der digitale Wandel bringt unserer Gesellschaft viele Chancen: Telemedizin hilft Patienten über große Entfernungen, im intelligenten Haus sparen wir Energiekosten, mit mehr Heimarbeitsplätzen müssen Menschen weniger pendeln, vernetzte Maschinen nehmen uns anstrengende Arbeiten ab. Gleichzeitig werden Vorbehalte und Ängste geweckt, wenn Algorithmen und Roboter plötzlich Fähigkeiten bekommen, die bisher ausschließlich Menschen hatten. Konkret: Wenn alle nur noch über „4.0“ reden, wie sollen Menschen in die Zukunft blicken, die sich selbst vielleicht noch als „1.0“ empfinden?

Die Politik hat deshalb zwei zentrale Aufgaben:

1. Wir müssen den Wandel aktiv gestalten, sonst nehmen uns andere das Heft aus der Hand. Wir müssen selbst die Standards setzen, sonst werden es andere für uns tun.
2. Auch in einer digitalen Welt muss der Mensch im Mittelpunkt stehen. Fortschritt darf kein Selbstzweck sein, sondern muss einen spürbaren Mehrwert für die Menschen haben: Mehr Wohlstand, mehr Selbstbestimmung sowie mehr Lebensqualität.

Die Junge Union Oberbayern versteht die Digitalisierung deshalb nicht als eigenständiges Politikfeld, sondern als Leitmotiv und Querschnittsaufgabe, der sich jedes Ministerium und jede politische Ebene stellen muss.

Um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes dauerhaft zu sichern, sind umfangreiche Weichenstellungen notwendig – vor allem in den Kernbereichen Infrastruktur, Sicherheit, Bildung sowie Smart City. In einem vierten Bereich „Digitalisierung (vor-)leben“ sind vor allem Vorgänge und Handlungsstrategien benannt, die bereits heute einen direkten Einfluss auf unser gesellschaftliches Leben ausüben.

2. Infrastruktur: Pulsierende Lebensadern statt digitale Durchblutungsstörungen

Zentraler Motor für den erfolgreichen digitalen Wandel ist eine funktionierende, belastbare und dauerhafte Infrastruktur zur Bereitstellung sowie Übertragung der Daten. Der ländliche Raum außerhalb der Ballungsräume und Metropolenregionen leidet jedoch noch immer unter starken digitalen Durchblutungsstörungen: Ohne hervorragende Internet-Anbindung keine Telearbeit, keine Neuansiedelungen, kein Gründergeist.

Grundsätzlich liegt der Ausbau der kabelgebundenen wie auch bei der Infrastruktur der mobilen Daten im besonderen Beobachtungsfokus der späteren Endkunden. Es ist deshalb darauf zu achten, dass sämtliche Ausbaupläne hinsichtlich, Maßnahmenträger, Zeitplan und Zielvorgaben transparent der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.

2.1. Mit mehr Geschwindigkeit zu mehr Geschwindigkeit! Der Breitband-Ausbau muss noch schneller gehen

Bislang sind deutschlandweit im ländlichen Gebieten nur rund 36% aller Haushalte mit 50 MBit/s-Glasfaserleitungen erschlossen. Dem steht eine Großstadtabdeckung von 90% gegenüber. In Summe weisen nur 77% aller Haushalte 50 MBit/s und ausschließlich 13% 100 MBit/s-Leitungen auf. Diese Zahlen verdeutlichen eindrucksvoll den dringend erforderlichen Handlungsbedarf.

45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71

Daher fordern wir für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes:

1. Bei allen Straßenbaumaßnahmen sollen Leerrohre mit genügend Spielraum vorgesehen werden, um für die Technologie von morgen gerüstet zu sein.
2. Alle Neubauprojekte müssen langfristig mit einem 1000 Mbit/s-Anschluss ausgestattet sein. Dies ist in zwei Geschwindigkeitsstufen von zunächst 250 Mbit/s für Privathaushalte und den vollen 1000 Mbit/s für Gewerbeanschlüsse zu erreichen.
3. Die Leistung der Service-Provider muss verstärkt kontrolliert werden. Ein 100 Mbit/s-Vertrag muss auch 100Mbit/s liefern.
4. Die führenden Marktakteure müssen durch entsprechende Gesetze und Investitionsanreize dazu gebracht werden, die Infrastruktur auch im ländlichen Raum massiv zu verbessern. Denkbar ist beispielsweise auch Anreizprogramm für eine Koppelung von Stadt-/Land-Versorgungspaketen, damit nicht nur die lukrativen Städte versorgt werden, sondern auch im ländlichen Raum investiert wird.
Es soll nicht nach dem Prinzip verfahren werden: „Gewinne privatisieren, Verluste und Vorleistungen kommunalisieren“. Daher sind die Netzanbieter in die Pflicht zu nehmen: Sie sollen nicht nur lukrative Projekte anzugehen - wie dies oftmals passierte - sondern müssen insbesondere auf Grund ihrer dominierenden Marktstellung Verantwortung gerecht werden.
5. Eine aktive Anreizpolitik beispielsweise durch gesetzliche Bestimmungen ähnlich dem Erneuerbaren Energien Gesetz (EEG) könnten dabei helfen die wichtige Glasfaserinfrastruktur zeitnah in Deutschland zu realisieren. Ein attraktiveres Dreieck aus marktwirtschaftlichem Wettbewerb, angepasster Regulierung sowie gezielter Anreizpolitik könnte dem Ausbau neue Impulse geben. Dennoch ist auf die Wichtigkeit der kommunalen Zusammenarbeit sowie auf die finanzielle Unterstützung von sehr ländlichen Realisierungsprojekten hinzuweisen.
6. Staatsbeihilfen hinsichtlich der Breitbandförderung müssen auf einen rechtlich sicheren Rahmen gestellt werden, um Investitionen zu ermöglichen, die auch über die aktuelle EU-Förderrichtlinie für Anschlüsse bis 30Mbit/s hinausgehen.

72
73
74
75
76
77
78
79
80

2.2. Ein Teppich ohne Löcher: Mobilfunk überall und immer

81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92

Innerhalb der Ballungszentren sind die Netzabdeckungen ausreichend. Aber sobald man sich zwischen den Metropolregionen oder auf dem flachen Land bewegt, sind oftmals weder Daten noch Telefon-Empfang möglich. Dies kann und darf nicht unser Anspruch als Hightech-Nation sein. Wer unser Land fit für die Digitalisierung machen möchte, benötigt ein leistungsfähiges und flächendeckendes Mobilfunknetz auf dem neusten Stand. Die Welt wartet nicht auf uns: In asiatischen Ländern werden bereits großflächig Städte für Modellversuche mit 5G-Infrastruktur ausgerüstet.

Daher fordern wir für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes:

1. Um den Anschluss an die weltweiten Spitzenreiter wieder zu finden, sollen bis spätestens 2020 die Voraussetzungen für die 5G-Netzverbindung geschaffen sein. 5G kann für den einzelnen Mobilfunknutzer bloß eine attraktive Aussicht sein – für die Gesellschaft der Zukunft ist die diese Infrastruktur jedoch lebensnotwendig. Wenn Wirtschaft und Gesellschaft sich immer weiter vernetzen, geht ohne schnelles mobiles Internet nichts: Vom Internet der Dinge bis zum autonomen Fahren brauchen wir stabile, leistungsfähige und schnelle Netzinfrastrukturen.
2. Bei der Etablierung von 5G dürfen wir Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen. Als 2000 und 2010 die UMTS-Lizenzen in teuren und langwierigen Versteigerungsverfahren vergeben wurden, fehlten den Netzanbietern Geld und Wille, ein wirklich flächendeckendes Netz auf-

93 zubauen. Um das enorme Potential der neuen Mobilfunkgeneration für unser Land nutzen zu
 94 können, muss der Bund als Lizenzgeber für die Frequenzen attraktive Rahmenbedingungen
 95 einfordern.

- 96 3. Neben neu zu errichtender Infrastruktur soll vor allem auch schon bestehende Infrastruktur
 97 z.B. im ÖPNV genutzt werden. Wir fordern deshalb eine verpflichtende WLAN-Abdeckung in-
 98 klusive Mobilfunkempfang in allen Zügen und Bussen des ÖPNV. Dies ist besonders für Tou-
 99 risten, aber auch für Berufspendler zum Arbeits- oder Ausbildungsort von entscheidender
 100 Bedeutung.

101 **3. Sicherheit: Bayern muss IT-Festung werden**

102 Menschen sorgen sich im digitalen Wandel um ihre Sicherheit. Die raschen Entwicklungen stellen
 103 die Unternehmen auch im Bereich der Cybersecurity-Strategien vor allem im Bereich zum Schutz
 104 der Finanzdaten, Kundendaten, geistiges Eigentum und Mitarbeiterdaten vor große Herausforde-
 105 rungen. Wenn Cyberattacken Krankenhäuser und Energieversorger lahmlegen, unsere persönli-
 106 chen Daten ausspähen oder Wahlen beeinflussen, dann ist unsere Gesellschaft in ihrem Grund-
 107 bedürfnis nach Sicherheit bedroht. Deshalb muss Bayern seine Bürger schützen.

108 Daher fordern wir für die Zukunftssicherheit unseres Landes:

- 109 1. 10% aller bayerischen Polizisten müssen Experten im Kampf gegen Cyberkriminalität sein.
 110 Diese Zahl darf nicht durch interne Rotationen, sondern muss durch Neueinstellungen er-
 111 reicht werden.
- 112 2. Um qualifizierte Experten im Cyberkampf anwerben zu können, muss eine neue Besoldungs-
 113 ordnung „IT“ geschaffen werden, die mit den Gehältern der freien Wirtschaft konkurrieren
 114 kann.
- 115 3. Neue Medien fördern auch neue Gefahren. Es ist dringend darauf hinzuwirken, dass die
 116 Strafverfolgungsbehörden für den Schutz von kritischen Infrastrukturen besser ausgebildet
 117 werden. Bereits die Netzarchitektur soll die Entstehung eines rechtsfreien Raums unmöglich
 118 machen. Nutzer müssen wissen, dass Sie sich in einer sicheren Umgebung aufhalten, es sei
 119 denn, dies ist anders gekennzeichnet.

120 **4. Bildung: Den Schlüssel zur Zukunft weitergeben**

121 In einer Welt, in der das Wissen frei verfügbar ist und in manchen Bereichen immer schneller
 122 veraltet, müssen wir dafür sorgen, dass die Menschen in unserem Land die Chancen des digitalen
 123 Wandels nutzen können. Die digitale Welt darf niemanden verschlossen bleiben, wir müssen für
 124 jeden einen passgenauen Zugang ermöglichen.

125 Daher fordern wir für die Bildungschancen unserer Bürger:

- 126 1. Unsere Kinder sind uns meist in digitalen Belangen spielerisch voraus. Der rasanten Entwick-
 127 lung des technischen Fortschritts nachhaltig hinterherzukommen, wird beinahe unmöglich. Die
 128 so genannten „digital natives“ erleben eine Zeit, in der soziale Medien, rasende Informationsver-
 129 breitungsgeschwindigkeit, digitale Prozesse in der Arbeitswelt aber auch Risiken durch das digita-
 130 le Leben völlig normal geworden sind. Umso mehr muss der Fokus deshalb auf einen maßvollen
 131 Einsatz von digitalen Inhalten in der Schulbildung gelegt werden.
- 132 2. Gerade in der frühkindlichen Förderung ist das Lernen mit allen Sinnen unumgänglich. Digitale
 133 und mediale Inhalte sollten hier komplett in den Hintergrund gestellt werden. Auch im Kinder-
 134 garten und der Grundschule ist der Fokus auf die „offline“-Inhalte zu legen. Dennoch kann hier
 135 bereits eine frühe Sensibilisierung und Erziehung stattfinden. Das Motto muss hier jedoch sein:
 136 Lernen durch Vorbilder!

137 3. Um junge Menschen schon früh auf die zukünftige, digitale Arbeitswelt vorzubereiten, muss
 138 die technische Ausstattung in den Schulen angepasst werden. Mit dem digitalen Klassenzimmer
 139 müssen alle bayerischen Schulen bis 2020 den Sprung von der Kreidezeit ins digitale Zeitalter
 140 schaffen.

141 4. Insbesondere in weiterführenden Schulen, Hochschulen und Universitäten muss neben der
 142 Entwicklung der für den weiteren Berufsweg notwendigen Kenntnisse über digitale Prozesse
 143 auch eine Wissensvermittlung für die allgemeinen Rahmenbedingungen stattfinden. Themen wie
 144 Datenschutz, Cybersicherheit und der Schutz vor kritischer Infrastruktur sind essentiell für den si-
 145 cheren Umgang mit digitalen Medien. Das Thema Digitalisierung muss in allen Studiengängen mit
 146 den fachspezifischen Möglichkeiten und Anwendungen verankert werden.
 147 Beispiele: Im Bereich Pflege sollte dies bis hin zu Roboteranwendungen reichen, die in der tägli-
 148 chen Routine unterstützen können. In der Betriebswirtschaftslehre müssen die Möglichkeiten
 149 von neuen IT-Strukturen und Geschäftsmodellen aufgezeigt werden. Oder bei Pädagogik sollte
 150 das Wissen und Anwendungen für die digitale Unterstützung von Lernprozessen nähergebracht
 151 werden.

152 5. Unterrichtsinhalte zu vermitteln ist und bleibt Kernaufgabe der Lehrkräfte sowie Lehrbeauf-
 153 tragten. Eine reine Fortbildung der bestehenden Lehrkräfte wird nicht zielführend sein. Gerade in
 154 den weiterführenden Schulen ist deshalb vermehrt darauf zu achten, dass externe Lehrbeauf-
 155 tragte als Fachkräfte im Bereich Digitalisierung eingesetzt werden. Der Lehrkörper darf nicht das
 156 Nadelöhr der digitalen Bildung sein, sondern muss zur ihrer Speerspitze entwickelt werden!

157 Wir müssen unsere jungen Menschen so ausbilden, dass sie die Breite des Themas erfassen und
 158 in der Lage sind neue kreative Anwendungen bei ihrer späteren Tätigkeit zu implementieren.

159 **5. Smart-Cities: intelligente statt verstopfte Städte**

160 Das urbane Leben der Zukunft ist schon heute geprägt von immensen Herausforderungen, bei
 161 denen analoge Instrumente an die Grenzen der Belastbarkeit stoßen. Besonders die Verkehrsbe-
 162 lastung in Städten wird zunehmend zum Problem für Mensch und Umwelt. In folgenden Berei-
 163 chen müssen staatliche und kommunale Ebenen zusammenwirken, um intelligente statt ver-
 164 stopfte Städte zu garantieren:

- 165 1. Mit intelligenter und selbstlernender Software kann der Verkehr optimiert und besonders die
 166 Innenstädte deutlich entlastet werden. Neben Verkehrs- und Parkleitsystemen ist hier auch
 167 an Parkautomaten oder (teil-)autonomes Fahren zum Beispiel im öffentlichen Personennah-
 168 verkehr (ÖPNV) zu denken. Durch neue Systeme und Angebote kann auch die Mobilität jedes
 169 Einzelnen gesteigert werden, ohne dabei den motorisierten Individualverkehr zu erhöhen.
 170 Car-Sharing und Sammeltaxisysteme funktionieren schon heute sehr gut und können weiter
 171 ausgebaut werden. Besonders für die Zielgruppen der Senioren und Jugendlichen sowie Tou-
 172 risten würde ein deutlicher Mehrwert entstehen.
- 173 2. Durch den großen Zuzug im Rahmen der Urbanisierung steigt auch die Anforderung an die
 174 klassische Energie-, Müll- und Siedlungswasserwirtschaft. Viele dieser technischen Einrich-
 175 tungen befinden sich bereits heute an ihrer Belastungsgrenze und müssen saniert und/oder
 176 erweitert werden. Bei jeglichen Bauvorhaben dieser Art ist darauf zu achten, dass sämtliche
 177 Einrichtungen mit entsprechender Sensorik ausgestattet werden, um entsprechend Prozesse
 178 für Endkunden sowie Ver- und Entsorgungsunternehmen zu vereinfachen.
 179 Beispiel: Durch mit Sensorik ausgestattete Mülltonnen im Mehrparteienhaus kann bequem
 180 per App der aktuelle Füllstand des Behälters abgefragt werden. Die Information steht sowohl
 181 den Bewohnern des Hauses als auch dem Entsorgungsunternehmen zur Verfügung. Durch

182 betriebsinterne Verarbeitung der Daten können Leerungsvorgänge optimiert werden und
183 somit Leerfahrten vermieden werden.

184 3. Die Digitalisierung kann einen großen Teil zur Energieeinsparung beitragen. In einem ersten
185 Schritt ist die sinnvolle Vernetzung und Steuerung der Energiewirtschaft in öffentlichen Ge-
186 bäuden voranzutreiben, um den Energieverbrauch zu begrenzen. Intelligente Systeme kön-
187 nen über moderne Sensorik die Klimatisierung eines oder mehrere Gebäude entsprechend
188 der vorherrschenden Umgebungsbedingungen individuell anpassen

189 **6. Digitalisierung (vor-)leben und vorantreiben**

190 **6.1. Digitale Behörden**

191 Der Staat muss beim digitalen Wandel eine Vorreiterrolle übernehmen. Tatsächlich stecken deut-
192 sche Behörden jedoch häufig im analogen Zeitalter fest. Die Daten von Bürgern und Unterneh-
193 men werden meist noch in unterschiedlichen Systemen (manuell) gesichert und oftmals mehr-
194 fach erhoben. Es bedarf einer bund- und länderübergreifenden Datenbank, in welcher die Akten
195 digital geführt werden und alle Register- und Meldevorgänge elektronisch abgewickelt werden
196 können. Es müssen hierzu auch Cloud-Lösungen geprüft werden, um eine schnelle und unkompli-
197 zierte Umstellung zu ermöglichen. Vorbild kann hier das estnische Vorzeigeprojekt „e-Estonia“
198 sein. Gegebenenfalls müssen dazu die datenschutzrechtlichen Rahmenbedingungen angepasst
199 werden.

200 Aber auch die standardisierte Bereitstellung digitaler Verwaltungsleistungen muss weiter voran-
201 getrieben werden. Der reguläre Behördengang sollte von zu Hause aus für alle Bürger möglich
202 sein. Die bereits vorhandenen Informationen aus anderen Registern sollten automatisch in den
203 aktuellen Vorgang mit einbezogen werden, um die digitalen Behördengang so bürgerfreundlich
204 wie möglich zu gestalten. Insbesondere weisen wir auch auf potentielle Vereinfachungen bei der
205 jährlichen Steuererklärung hin, indem ein sicheres elektronisches Kommunikationssystem zwi-
206 schen den Steuerbehörden und Steuerpflichtigen angestrebt werden sollte. Kurz: Die Daten sol-
207 len laufen, nicht die Bürger.

208 **6.2. Digitalisierung auch für kleine und mittlere Betriebe**

209 Die Digitalisierung erfasst alle Lebensbereiche und verändert unsere Gesellschaft mindestens so
210 stark wie die industrielle Revolution des 19. Jahrhunderts. Durch hochflexible und selbstlernende
211 und selbststeuernde Prozesse bietet sich enormes Potential, den Industriestandort Deutschland
212 zukunftsfest zu machen. In zahlreichen Sektoren – vom der Gesundheit, über die Logistik- bis hin
213 zur Maschinenbaubranche – haben bayerische KMUs und Hidden Champions ungeahnte Mög-
214 lichkeiten, wenn sie die Chancen des digitalen Wandels verstehen. Hier ist es die Aufgabe der Po-
215 litik - auch in Verbindung mit Verbänden und Kammern - diese Chancen zu ermöglichen und die
216 Unternehmen mit geeigneten Rahmenbedingungen zu unterstützen.

217 Daher fordern wir die Ausarbeitung einer Digitalisierungsstrategie mit dem Fokus auf den Bayri-
218 schen Mittelstand und die Handwerksbetriebe und folgenden Inhalten:

- 219 1. Einführung/Anpassung von Berufsbildern, vor allem eine verstärkte Schwerpunktsetzung auf
220 das Thema IT-Kompetenz.
- 221 2. Digitale „Lernfabriken/Betriebe“, in denen beispielhaft real funktionierende Anwendungen
222 gezeigt und kontinuierlich weiterentwickelt werden.

- 223 3. Initiierung von mittelstands- und anwendungsnahen Forschungsprojekten, um die KMUs auf
 224 die neuen Herausforderungen vorzubereiten und ihnen die Teilhabe an den Chancen aufzei-
 225 gen.
 226 4. Etablierung von Kompetenzzentren für Mittelständler, die mit Beratungs- und Vernetzungs-
 227 möglichkeiten unterstützen.
 228 5. Ebenso muss die Zusammenarbeit und Kommunikation mit den Behörden, Verbänden,
 229 Kammern, Versicherungen usw. effektiver und schlanker durch den Einsatz von intelligenten,
 230 sicheren und einheitlichen Lösungen vorangetrieben werden.
 231

232 Gerade im Hinblick auf die Entwicklung von neuen Geschäftsfeldern und auf den Umgang mit di-
 233 gitalen Prozessen in bestehenden Unternehmen muss ein umfangreiches Beratungsangebot auf-
 234 gebaut werden, das zum Beispiel von den Kammern und Innungen betrieben werden kann und
 235 vom Staat mitfinanziert wird.
 236

237 Durch die Digitalisierung werden auch neue rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen, die für
 238 den Mittelstand neue Herausforderungen bedeuten. Es ist dringend darauf hinzuwirken, dass
 239 das Gründen und Führen von Unternehmen nicht zusätzlich verkompliziert wird. Alle notwendi-
 240 gen Instrumente der Regulierung – zum Beispiel in Bezug auf den Datenschutz – sind dahinge-
 241 hend anzupassen, dass unternehmerische Tätigkeiten gefördert und nicht gehemmt werden.
 242

243 **6.3. Digitale Barrierefreiheit statt Hürdenläufe**

244 Ohne Zugang zu modernen Informationsmitteln verschlechtert sich die Chancengleichheit Ar-
 245 beitsmarkt sowie die persönliche Lebensqualität deutlich.

246 Im regulären wie auch im beruflichen Alltag (z.B. bei der Nutzung von Verkehrsmitteln, im Frei-
 247 zeitverhalten) sind das Internet, Softwareanwendungen oder Automaten Teil unseres selbstver-
 248 ständlichen Lebens geworden und werden eine immer größere Rolle spielen - und zwar für alle
 249 Menschen! Ob jung oder alt, aktiv oder leistungseingeschränkt, gesund oder krank, Professor o-
 250 der Arbeiter, Selbständiger oder Angestellter, Schüler oder Lehrer!

251 Keiner darf vom digitalen Leben ausgeschlossen werden. Für jeden benötigt die digitale Welt ma-
 252ximale „Barrierefreiheit“, um problemlos, ohne Hürden, einfach, benutzerfreundlich und leicht
 253 bedienbar teilhaben zu können!
 254

255 Wir fordern deshalb die größtmögliche gestalterische „digitale Barrierefreiheit“ innerhalb der In-
 256 formationstechnologie.
 257

258 Die Digitalisierung eröffnet gerade auch für Menschen mit Behinderung immense Chancen zur
 259 Teilhabe am Arbeitsmarkt. Die neu geschaffenen digitalen Prozesse können mit intelligenter
 260 Softwareentwicklung individuell auf die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung angepasst
 261 werden.
 262

263 **7. Ministerium für Digitalisierung**

264 Um die Digitalisierung sinnvoll weiterzuentwickeln und Deutschland als führenden Wirtschafts-
 265 standort in diesem Bereich zu etablieren, sind umfassende Regierungskompetenzen gefragt. Aus
 266 der Vielschichtigkeit des gesamten Themenkomplexes ergibt sich eine dringend notwendige in-
 267 terdisziplinäre Zusammenarbeit aller Ressorts, die in einem Ministerium für Digitales gebündelt
 268 koordiniert werden muss. Das Ministerium sollte einen Beraterkreis aus Industrievertretern aus
 269 dem großen Feld der Digitalisierungsthemen für Sachfragen hinzuziehen, um praxisnahe Ent-
 270 scheidungen zu treffen.

271 In einem Ministerium für Digitales sind vordringlich zwei Kernaufgaben auf Regierungsebene zu
272 erledigen:

- 273 1. Die eigenständige Weiterentwicklung der zentralen Aufgaben der Digitalisierung wie Infra-
274 strukturausbau, Datenschutz und Cybersicherheit oder rechtliche Angelegenheiten.
275 2. Die Organisation eines umfangreichen Wissenstransfers zwischen den einzelnen Ministerien
276 einerseits und zwischen Staat, Wirtschaft und Wissenschaft andererseits.